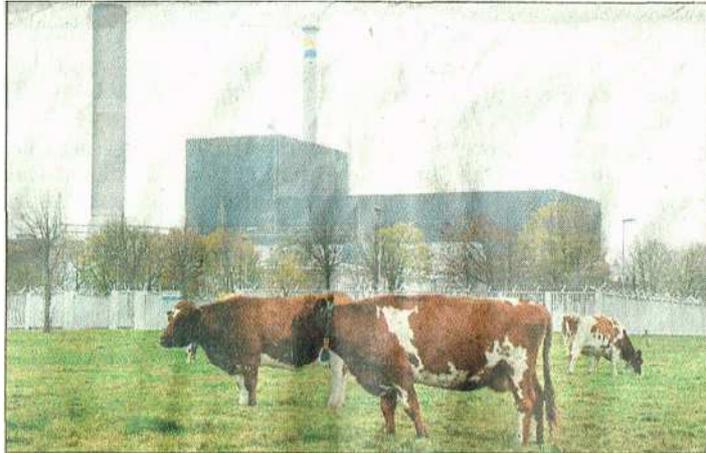


Noch vier Deponien im Rennen

AKW-Schutt wird wohl im Osten Schleswig-Holsteins gelagert

Kiel (Ino) Bis zu 50 000 Tonnen Schutt werden beim Abriss der drei Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein binnen 10 bis 20 Jahren anfallen. Für die Lagerung des Materials zieht das Land jetzt noch vier Deponiestandorte in Betracht, wie Energieminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) gestern in Kiel mitteilte. Drei Deponien, die auch als grundsätzlich geeignet



Die Deponie soll unter anderem das beim Abriss des KKW Brunsbüttel anfallende Baumaterial aufnehmen. Foto: Rehder

gelten, wurden aus Kapazitätsgründen ausgeschlossen. Zu lagern sind unter anderem Mineralwolle, Bauschutt und Isolierungen. Die Deponien im Land nehmen jährlich rund 800 000 Tonnen Abfall auf. „Es handelt sich um nichtradioaktives Material“, betonte Albrecht. „Es ist, im Grunde genommen Abfall wie jeder andere.“ Als Standorte kommen nach dem Gutachten nun noch in Betracht: Wiershop im Kreis Herzogtum Lauenburg, Lübeck Niemark, die Deponie Johannis tal in Gremersdorf (Kreis Ost Holstein) und Harrislee (Kreis Schleswig-Flensburg). Großen

aspe und Damsdorf/Tensfeld im Kreis Segeberg sowie Schönwohld im Kreis Rendsburg-Eckernförde wurden jetzt aus geklammert, weil sie in ein bis zwei Jahren voll sein werden. Für das seit Jahren abgeschaltete AKW Brunsbüttel ist der Abriss bereits genehmigt. Mit Dämmmaterial ist schon kurzer Zeit zu rechnen.

Das Material wird an den Standorten der ehemaligen Atommeiler „freigemessen“. Es wird dazu von der Umgebungsstrahlung abgeschirmt. Als Maximalwert für einen Menschen im Kalenderjahr sind zehn Mikrosievert erlaubt, die weit unterhalb der natürlichen Umgebungsstrahlung liegen. Dennoch haben Gemeinden mit Deponien die Aufnahme bisher abgelehnt.

Mit „doppeltem Boden“ werde sichergestellt, dass niemand; gesundheitliche Gefahren befürchten müsse, sagte Albrecht. Jetzt sind Akw und Deponie-Betreiber am Zuge, um Entsorgungsverträge abzuschließen. Die Bürgerinitiative Harrislee blieb beim Nein. SSW-Umweltpolitiker Flemming Meyer sagte gestern, allein die Grenznähe von Harrislee müsse ein Ausschlusskriterium sein.